



Mehr als 150 Organisationen fordern: Hitzeschutz in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz aufnehmen

Gemeinsame Pressemitteilung zum Hitzeaktionstag 2026

Berlin, 10.06.2026 - Mehr als 150 Organisationen aus Gesundheitswesen, Pflege, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft warnen gemeinsam: Deutschland ist auf Extremhitze als Krisenlage bislang nicht ausreichend vorbereitet. Sie fordern daher, Hitzeschutz verbindlich als Bestandteil des Katastrophenschutzes zu verankern.

Was passiert, wenn wir im Rheintal über 14 Tage Höchsttemperaturen bis zu 44 Grad haben, Rettungsdienste überlastet, Notaufnahmen überfüllt sind? Einzelne Pflegeheime evakuiert werden müssen? In einem [extremen Hitzedom-Szenario](#) werden in Deutschland Zehntausende Todesfälle innerhalb weniger Tage als möglich beschrieben. Auf so ein Szenario ist Deutschland nicht vorbereitet. Unter dem Motto „Gemeinsam vorsorgen gegen Extremhitze“ ruft ein breites Bündnis dazu auf, den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz in Deutschland konsequent und flächendeckend umzusetzen. Ziel ist es, Hitze systematisch in Krisenvorsorge, Gesundheitsversorgung und Katastrophenschutz zu integrieren.

Zu den Initiatoren zählen die Bundesärztekammer, die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG), die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche Pflegerat, der GKV-Spitzenverband, die Klima-Allianz Deutschland sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Insgesamt haben sich über 150 Institutionen und Verbände angeschlossen.

Mit zunehmender globaler Erwärmung steigen Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hitzeperioden. Das konnte man zuletzt in der extremen Hitzewelle in Europa beobachten, u.a. in Frankreich – und das Ende Mai, bevor der Sommer offiziell begonnen hat. Solche stabilen Hochdrucklagen mit sehr hohen Temperaturen ohne nächtliche Abkühlung sind besonders gefährlich und können zu einer drastischen Zunahme hitzebedingter Todesfälle führen. Sie stellen ein hohes Risiko für vulnerable Gruppen dar und belasten zugleich Gesundheitswesen, Pflege, soziale Einrichtungen und kritische Infrastruktur.

Auch wirtschaftliche Schäden nehmen in solchen Phasen deutlich zu. Für Deutschland werden in aktuellen Szenarien hitzebedingte Verluste von rund 112,5 Milliarden Euro innerhalb weniger Jahre erwartet. Um die Dimension zu verdeutlichen: Das entspricht fast dem Dreifachen der gesamten Schäden der historischen Ahrtal-Flutkatastrophe von 2021 (ca. 40,5 Milliarden Euro).

Wer Deutschland krisenresilient machen will, muss Hitze und andere Extremwetterlagen systematisch mitdenken. Zwar wurden in den vergangenen Jahren erste wichtige Schritte im Hitzeschutz unternommen. Doch für ausgeprägte, mehrtägige oder sich überlagernde Extremhitzelagen sind Politik, Verwaltung, Institutionen und Bevölkerung bislang nicht vorbereitet und die Tragweite der Ereignisse wird unterschätzt.

Gemeinsam fordert das Bündnis daher:

- Die verbindliche Integration von Extremhitze in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz
- Klare Zuständigkeiten auf allen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen
- Effektive soziale Schutzstrukturen für Risikogruppen
- Eine gezielte Stärkung des Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesens für Hitzelagen
- Finanzierung von Maßnahmen, zum Schutz von Menschen, Arbeitsabläufen, Gebäuden, Stadtteilen und Infrastruktur vor extremer Hitze sowie zur Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit bei Hitzewellen

Krisenresilienz bei Extremhitze ist keine ferne Zukunftsaufgabe. Sie ist eine unmittelbare öffentliche Verantwortung der Gegenwart.

Zum Hitzeaktionstag 2026 erklären

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer:

„Deutschland ist auf Extremhitze als Krisenlage bislang nicht ausreichend vorbereitet. Längere und intensivere Hitzeperioden belasten insbesondere ältere, kranke und pflegebedürftige Menschen und stellen zugleich das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Hitzeschutz muss deshalb verbindlich in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz integriert werden. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Arztpraxen müssen auch unter Extrembedingungen leistungsfähig bleiben.“

Karsten Schwanke, Dipl.-Meteorologe und Wettermoderator:

„Wir erleben weltweit eine Beschleunigung der Erwärmung. 2024 wurde globale das erste Mal die 1,5-Grad-Marke gerissen, schon in wenigen Jahren wir die 2-Grad-Marke überschreiten. Die Folgen für Deutschland: Eine weitere starke Zunahme von Hitzetagen (über 30 °C) und extremen Hitzetagen (über 35 °C). Die Häufigkeit und Dauer von Hitzewellen wird zunehmen. Höchsttemperaturen von mehr als 40 Grad (im Schatten) werden wir immer häufiger erleben – selbst 45 Grad sind nicht mehr auszuschließen.“

Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport in Mecklenburg-Vorpommern:

„Die Auswirkungen von klimawandelbedingten Extremwetterlagen auf die Gesundheit sind bislang noch nicht ausreichend im öffentlichen Bewusstsein verankert. Besonders betroffen sind ältere und pflegebedürftige Menschen, chronisch Kranke, Schwangere, Kinder, aber auch Beschäftigte, die hohen körperlichen Belastungen ausgesetzt sind. Vor allem diese Gruppen brauchen unsere Unterstützung für einen wirksamen Hitzeschutz, etwa durch hitzeresiliente Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, präventive Gesundheitskonzepte sowie eine stärkere Verankerung von Klimawissen in der medizinischen Ausbildung. Wir haben uns in MV vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, um auf hitzebedingte Gesundheitsrisiken zu reagieren oder diese zumindest zu verringern.“

Prof. Dr. Henriette Neumeyer, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG:

„Die hohen Temperaturen bereits im Mai zeigen: Krankenhäuser müssen sich auf längere und intensivere Hitzeperioden einstellen. Hitze ist das größte klimawandelbedingte Gesundheitsrisiko in Deutschland und trifft besonders ältere, kranke und pflegebedürftige Menschen. Viele Häuser haben

die im heutigen Finanzrahmen möglichen Maßnahmen bereits umgesetzt. In Zeiten des Beitragssatzstabilitätsgesetzes bleibt unklar, wie Hitzeschutz dauerhaft leistbar sein soll. Hitzeschutz ist Patientenschutz. Dafür brauchen Krankenhäuser verlässliche Finanzierung."

Dr. Martin Herrmann, Vorsitzender Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG):

„Deutschland ist auf Extremhitze nicht vorbereitet. Zwar gibt es erste Schutzmaßnahmen, doch sie sind nicht flächendeckend und verbindlich genug. Das kostet vielen Menschen das Leben und ist ein enormes wirtschaftliches Risiko. Während für andere Extremwetterlagen wie Hochwasser und Sturm Krisenstäbe längst etabliert sind, fehlen verbindliche Strukturen für Hitzeereignisse bis heute. Das muss sich jetzt ändern.“

Aktuelle **Informationen** rund um den Hitzeaktionstag, geplante Veranstaltungen und alle diesjährigen Partnerorganisationen finden sich unter www.hitzeaktionstag.de.

Bei **Rückfragen** oder zur Vereinbarung von Interviewterminen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Pressekontakte:

Bundesärztekammer

Samir Rabbata
Email: presse@baek.de

Deutscher Pflegerat

Michael Schulz
Email: presse@deutscher-pflegerat.de

Klima-Allianz Deutschland

Jakob Schreyer
Email: jakob.schreyer@klima-allianz.de

GKV-Spitzenverband

Robert Köhler
Email: robert.koehler@gkv-spitzenverband.de

Deutsche Krankenhausgesellschaft

Joachim Odenbach
Email: pressestelle@dkgev.de

Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG)

Dr. phil. Teresa Hollerbach
Email: presse@klimawandel-gesundheit.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Katrin Goßens
Email: presse@bag-wohlfahrt.de

